



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

x: Politischer Monatsbericht.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

es begreiflich, daß man wohl die persönliche Freiheit, aber nicht die Gleichberechtigung der untern Stände anerkennen will.

Unsere Liberalen müssen aber einsehen lernen, daß ein gutes Einvernehmen mit den Deutschen zur Besserung der eigenen Zustände dringend nöthig ist; daß die durch übertriebene Preußensfurcht so hoch aufgeschraubten Ausgaben für Militärzwecke bedeutend ermäßigt werden können; daß innigere Beziehungen zu unseren Nachbarn unserem verweltenden Handel wieder neue Lebenskräfte zuführen müssen, und daß es unverständlich ist, dem freundschaftlichen Entgegenkommen Deutschlands mit Mißtrauen zu begegnen. Unsere Aufgabe ist, die gesunkene Energie des Volkes und damit Handel und Industrie zu heben, die niedern Klassen durch Unterricht und Zucht soweit zu bringen, daß auch sie wenigstens einen Begriff von politischen Dingen bekommen und sich im Allgemeinen um höhere, als die materiellen Interessen bekümmern — aber nicht dem Volke Mißtrauen und Haß gegen unsere Nachbarn einzulößen, von deren gutem Willen doch die Ruhe abhängig ist, deren wir zur Erfüllung dieser Aufgabe so sehr bedürfen.

---

### Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 27. October.

Der politischen Ebbe, welche während der Sommermonate von Woche zu Woche zuzunehmen schien, ist seit dem Beginn des Octobers eine Art Hochfluth gefolgt. Für jeden der größeren Staaten Mitteleuropas hat der Zeitraum, auf den wir zurückzusehen haben, irgend ein Ereigniß gebracht, von dem sich Folgen erwarten lassen, und wollte man den Versicherungen der heißblütigen Tagespolitiker Glauben schenken, welche die Wichtigkeit der Dinge nach dem Maß dessen bestimmen, was über sie gesagt wird oder gesagt werden kann, so befinden wir uns seit dem Beginn des October in einer vollständig veränderten Situation. Wie sehr die gegenwärtigen Verhältnisse unseres Welttheils den Charakter bloßer Provisorien tragen, geht schon aus der Leichtblütigkeit der öffentlichen Meinung hervor, welche die geringfügigsten Vorgänge für Symptome von Umgestaltungen ansieht, über deren Unmöglichkeit man noch wenige Tage früher einig gewesen war. Aus dem Wiener Besuch des Kronprinzen von Preußen und der einfachen Thatsache, daß Oestreich sich am russischen Hof wieder durch einen Botschafter vertreten läßt, haben dieselben Leute, die vor vier Wochen von

österreichisch-französischen und russisch-preussischen Bündnissen sprachen, Versuche zur Wiederherstellung der heiligen Alliance gemacht, und ein Artikel der „Nationalzeitung“ über die gegenwärtige Lage Badens reichte dazu hin, die Pariser Börse mit Gerüchten von dem bevorstehenden Eintritt des Großherzogthums in den norddeutschen Bund zu ängstigen.

So weit sind wir weder hüben noch drüben. Schon ein Blick auf die gegenwärtige Lage Bayerns reicht zu der Ueberzeugung hin, daß bei der bekannten Stellung Preußens zur süddeutschen Frage, hundert Gründe gegen die Wahrscheinlichkeit einer sofortigen Heranziehung Badens sprechen und die vielbesprochene Reise des Siegers von Sadowa hat bis jetzt zu nichts als zu publicistischen Streitigkeiten über ihre Bedeutung geführt. Was vollends die vielbesprochene Annäherung Oestreichs an Rußland anlangt, so fehlen alle Anzeichen dafür, daß dieselbe mehr bedeutet, als die Wiederaufnahme der regelmäßigen Formen des diplomatischen Verkehrs; die orientalische Reise Franz Josephs und die unveränderte Stellung des Wiener Cabinets zu den galizischen Dingen sprechen sogar dafür, daß der Gegensatz zwischen den Interessen dieser beiden Staaten schon jetzt über etwaigen freundlichen Absichten ihrer Machthaber die Oberhand gewonnen hat. So wird die Sache wenigstens in Rußland angesehen und bis jetzt hat uns die Wiener Presse nicht gesagt, daß in der Hofburg andere Anschauungen obwalteten. — Trotz der Herzlichkeit, mit welcher der Erbe der preussischen Krone in der Stadt aufgenommen worden ist, an deren Thoren er vor drei Jahren als drohender Sieger stehen blieb, liegen bis jetzt keine Thatsachen vor, welche auf ein wirklich verändertes Verhältniß der beiden Mächte schließen ließen, die früher die beiden deutschen Großmächte hießen. Die Auslegung, welche diesem Besuch von dem größten Theil der Presse gegeben wurde, war vorn herein höchst unwahrscheinlich, weil sie den Verhältnissen, unter denen dieser Besuch zu Stande kam, widersprach. Die Rahmlegung Frankreichs — hieß es — habe den Grafen Beust bewogen, sich an Preußen zu lehnen. Ganz abgesehen davon, daß hier jedes logische Mittelglied zwischen Vorder- und Nachsatz fehlt, trifft diese Conjectur nicht zu, weil das Project und die Direction der Reise des Kronprinzen preussischer Initiative entsprangen, Oestreich nur nicht abgelehnt hat und Graf Beust bei der Antwort, die der Kaiser nach Berlin sandte, bekanntlich gar nicht um seine Meinung gefragt worden ist. Die Courtoisie, welche Preußen dem habsburgischen Kaiserhause erwies und die sich österreichischer Seits eigentlich gar nicht ablehnen ließ, ist höflich beantwortet worden — das ist bis jetzt Alles, was vorliegt, und zu weiteren Schlussfolgerungen, so willkommen dieselben auch sein mögen, fehlt aller Boden. Je genauer wir die Geschichte der letzten Jahre darauf ansehen, desto weniger Grund haben wir zu der Annahme, daß österreichischer Seits die gebotene Versöhnungshand ergriffen und

daß auf eine Verständigung hingearbeitet werden werde. Die Beust'sche Politik ist sich trotz all der Schwankungen, die sie durchgemacht hat, in dem Bestreben treu geblieben, auf alle übrigen Vorzüge der früheren Stellung Oesterreichs lieber Verzicht zu leisten, als auf die deutsche Hegemonie des Hauses Habsburg. Und doch steht dieselbe in unvereinbarem Gegensatz zu der Aufgabe, welche von Jahr zu Jahr dringend an das „Reich der Mitte“ herantritt, der Aufgabe, im Orient die feste und entscheidende Stellung zu gewinnen, welche allein im Stande ist, den Kaiserstaat vor der Gefahr einer slavischen Ueberfluthung zu retten.

Nicht ohne allen Grund wird der Reise Kaiser Franz Josephs nach Constantinopel und Suez vielfach die Deutung einer Beust'schen Diverſion in den Orient gegeben. Feststehend ist allerdings, daß des Vicenkönigs erste Einladung von dem Kaiser abschläglich beschieden worden war und daß das Zustandekommen derselben auf plötzlich veränderte Dispositionen zurückzuführen ist; daß der Kaiser und sein leitender Minister ihren Weg über Constantinopel nehmen ist dabei natürlich die Hauptsache. Wie wenig es dem Grafen Beust in den Sinn gekommen sein kann, dem mit dem Großherrn hadernden Rhedive eine Gefälligkeit erweisen zu wollen, das geht schon aus der durch österreichische Zeitungen vorgenommenen Veröffentlichung jenes politischen Testaments hervor, in welchem der sterbende Fuad Pascha von seinem Souverain Abschied genommen hat, um demselben möglichst engen Anschluß an die gegenwärtige österreichische Politik zur dringenden Pflicht zu machen. — Nach gewöhnlicher Logik sollte man freilich meinen, daß die österreichischen Staatsmänner, wenn sie ihr Gewicht nach Osten werfen wollen, zunächst mit Preußen Frieden schließen müssen, schon um diesen Staat der Nothwendigkeit einer Unterstützung der russischen Politik zu entbinden. In Wien sieht man die Sache aber traditionell anders an: man macht Miene sich gleichzeitig an Preußen und Rußland anzunähern und leistet damit der Vermuthung Vorschub, daß die einen Verständigungsversuche eben so wenig ernst und nachdrücklich gemeint seien wie die anderen. Unter einer russisch-preußisch-österreichischen Alliance kann kein Mensch sich etwas Vernünftiges denken, die Annäherung Oesterreichs an einen dieser beiden Staaten kann nur den Sinn haben, ihn von anderen zu trennen; es kann keinem Wiener Politiker in den Sinn kommen, zugleich in Osten und Westen auf die bisherige Stellung Oesterreichs Verzicht zu leisten, zumal von einer Bedrohung des Kaiserstaats durch Frankreich oder Italien nicht die Rede ist. — Nach dem, was bis jetzt vorliegt, steht für uns fest, daß keine wirkliche Veränderung in der europäischen Lage bewirkt worden ist und daß Alles was geschehen sich auf die Anbahnung höflicherer Verkehrsformen zwischen den Cabinetten von Wien und Berlin reducirt. Bei der unausgesprochenen aber sichtlich wachsenden Spannung zwischen Ruß-

land und England hätte sich ein Umschwung der preußisch-österreichischen Wechselwirkungen sicher auf die eine oder die andere Weise, wenn auch nur in der Haltung der englischen Presse manifestirt.

Wenn Oestreich sich von den Belleitäten seiner auswärtigen Politik irgend welche Wirkungen auf die Schwierigkeiten versprochen hat, von denen das Preußische System im Innern des Staats bedrängt wird, so hat es falsch gerechnet. In Böhmen hat das System des Dualismus eine neue schwere Niederlage erfahren und wenn die Wiener Journale nichts desto weniger von Concessionen an das Czechenthum Nichts wissen wollen, so werden sie damit auf die Dauer doch nicht verhindern können, daß der Reichskanzler darauf sinnt, mit den Siegern in der böhmischen Wahltschlacht seinen Frieden zu machen, mag dieser Frieden den ohnmächtigen und kleinmüthigen Deutschböhmen auch noch so theuer zu stehen kommen. Die Mehrzahl der deutsch-österreichischen Landtage hat die Wahlreform allerdings günstig aufgenommen, Tyrol bekennt sich aber nach wie vor zur clerical-föderalistischen Opposition und hat dieser Stimmung in einem Programm Ausdruck gegeben, das an Feindschaft gegen das gegenwärtige System nur mit den Forderungen der Jungezechen verglichen werden kann. In Lemberg sind die Smolka'schen Anträge auf unbedingte Nichtbesetzung des Reichsraths abgelehnt worden, aber außer den radikalen polnischen Demokraten hat ein großer Theil der Ruthenen für dieselben gestimmt und gleichzeitig sind die Actien jenes polnisch-ruthenischen Ausgleichs, dessen Wichtigkeit für Oestreich wir wiederholt hervorgehoben haben, beträchtlich gesunken. Die Partei der unveröhnlichen Großrussen (Swätosurzen) thut ihr Möglichstes, um die Volksstimmung ebenso gegen Oestreich wie gegen die Polen zu verbittern und die Verhandlungen der wichtigsten Landtagscommissionen rücken nicht um einen Schritt vorwärts. In Dalmatien hat die Durchführung des neuen Wehrgesetzes den Ausbruch eines blutigen Aufstandes herbeigeführt, der wegen der von Montenegro beobachteten Neutralität zwar nicht gefährlich erscheint, dessen die österreichischen Executionstruppen bis jetzt aber nicht Herr zu werden vermochten. Gegen die ungarische Regierung werden aus Siebenbürgen immer ergreifendere Klagen geführt und die Wirthschaft, welche daselbst von dem Obergespann Baron Apor getrieben wird, überbietet an rücksichtsloser Härte Alles, was von dem verrufenen „alten System“ jemals geleistet worden. Der Minister des Innern Baron Wenckheim, — dem an den Vergewaltigungen gegen die siebenbürgischen Sachsen ein besonders reichlicher Schuldantheil aufzubürden ist, und in dessen besonderem Auftrage Herr v. Apor zu handeln vorgegeben, — hat in den letzten Tagen sein Amt in die Hände Paul Kajners niederlegen müssen; der Staatssecretär Slawy ist seinem Chef in das Privatleben gefolgt. — In den von Ruthenen bewohnten nordöstlichen Comitaten macht die panslawistische Propaganda unbemerkte

aber rasche Fortschritte und tritt das Streben immer deutlicher hervor, die groß-russische Sprache in Kirche und Gemeinde zur herrschenden zu machen und der unirten Kirche statt des lateinischen ein orthodox-griechisches Gepräge zu geben. Gerade weil die ungarischen Slaven sich bis jetzt ziemlich still verhalten haben, ist auf diese Symptome slavischer Opposition gegen die Ausschließlichkeit des Magharischen Elements einiges Gewicht zu legen.

Zu den Gästen, welche die k. k. Hofburg während der Octobertage besuchten, hat auch der Fürst Carl von Rumänien gehört, der seinen Weg aus der Krimm nach Paris, über Wien genommen hat und diese Rundreise mit einem Besuch in Berlin zu beschließen gedenkt. Die Verlobung des jungen Fürsten mit der Tochter eines mediatisirten deutschen Geschlechts hat die Eifersucht der Mächte, welche den Besuch in Livadia als eine Brautfahrt ansahen, entwaffnet, und von all' den Höfen, welche Fürst Carl besuchte, wird berichtet, er habe die freundlichste und zuvorkommendste Aufnahme gefunden. Es scheint in der That, als ob die gegenwärtige rumänische Regierung die schwierige Aufgabe gelöst hat, eine Position zu gewinnen, welche nach keiner Seite Anstoß gibt. — Dafür bestätigt es sich aber mehr und mehr, daß der junge Fürst in dem Lande, das ihn zu seinem Herrscher gewählt, nicht Wurzel zu schlagen vermocht hat und daß die alten Antipathien der Moldau-Bewohner gegen die Union mit der mächtigeren Wallachei wieder aufleben. — Aus dem benachbarten Serbien hört man immer häufiger über die Zunahme des österreichisch-ungarischen Einflusses klagen und wird die Hingebung an denselben den Ministern Blasnavas und Iljitsch ebenso zum Vorwurf gemacht, wie dem serbischen Metropolit. Diese Klagen haben natürlich keinen anderen Sinn, als den seiner Beschwerde darüber, daß eine von Rußland unabhängige, ja anti-russische Regierung sich in Belgrad dauernd behaupten kann; der serbische Metropolit Michael ist in den letzten Tagen übrigens nach Moskau gereist und daselbst — absichtlich oder zufällig — mit verschiedenen russischen Kirchenfürsten, namentlich dem Erarchen von Grusien zusammengetroffen. — Unter den Bewohnern Bosniens und der Herzogewina circuliren wiederum offene Briefe des in Odessa lebenden flüchtigen Woyewoden Luka Wukalowitzsch, der dieses Mal nicht nur zu Rüstungen gegen die Türken, sondern zugleich zum Anschluß an die Bulgaren und deren Bestrebungen behufs Herstellung einer von griechischen Einflüssen unabhängigen Nationalkirche mahnt.

In Petersburg (wohin der Kaiser erst in den letzten Tagen zurückgekehrt) ist man anscheinend nur mit Fragen der innern Politik beschäftigt gewesen. Man hat eine Neubewaffnung der Artillerie angeordnet, zahlreiche neue Eisenbahnen concessionirt, ein Gesetz über Umgestaltung des Städtewesens verathen, die Reorganisation der Justiz im Königreich Polen vorbereitet u. Auch die öffentliche Meinung hatte sich so ausschließlich innern

Fragen zugewandt, daß sie für auswärtige Politik keinen Sinn haben konnte; der Streit darüber, ob die Generalgouverneure von Kiew und Wilna es mit der Russification der ehemals polnischen Länder wirklich aufrichtig meinten, ob die Ernennung eines Polen zum Vicegouverneur einer der „Weichselprovinzen“ nicht auf staatsgefährliche Umtriebe schließen lasse, und ob es nicht am zweckmäßigsten sei, dem deutschen Element in Liv-, Est- und Curland plötzlich und mit einem Male den Garaus zu machen, schienen alle übrigen Interessen zu verdrängen. Das, wenigstens für Westeuropa unerwartete Eintreffen einer Bucharischen Gesandtschaft in Petersburg dürfte eine Reihe ganz anderer Fragen aufs Tapet bringen, da diese Gesandtschaft nicht nur die Aufgabe hat, den Kaiser von den freundlichen Gesinnungen des Emir's zu unterrichten, sondern zugleich bestimmt ist, Rußlands Hilfe gegen Schig'Ali von Afghanistan, den Schützling und Bundesgenossen Englands, zu erbitten. Daß dieses der Hauptzweck der Gesandtschaft ist, wird von den Organen der russischen Presse ebenso rückhaltslos eingestanden, wie daß die Gesandtschaft sich schon vor Monaten bei dem Generalgouverneur von Orenburg gemeldet und die Erlaubniß zur Reise und zur Anbringung ihres Gesuchs eingeholt hatte.

Englands öffentliche Meinung hat sich, von ein paar vorläufigen Artikeln der Times abgesehen, noch nicht zur Sache geäußert. Wenn dieselbe auch zunächst keine directen Consequenzen haben wird, so kann doch nicht ausbleiben, daß die friedlichen Versicherungen, welche Mr. Gladstone dem Parlament vor einigen Wochen machte und die in London ebenso bereitwillig aufgenommen wurden wie in Petersburg und Moskau, — daß diese einen heftigen Stoß erfahren und daß der langverhaltene Unmuth der englischen Nation gegen das Anwachsen der russischen Macht einmal wieder deutlich hervorbricht. Jenes Testament Fuad Paschas (in Rußland zweifelt man an seiner Echtheit, indem man den Grafen Beust als seinen Verfasser bezeichnet), dessen wir oben Erwähnung thaten und das im östlichen Europa sehr viel mehr beachtet worden ist als bei uns, machte es den britischen Staatsmännern in besonders nachdrücklicher Weise zum Vorwurf, daß sie sich über die Bedeutung Mittelasien's für die orientalische Frage hartnäckig täuschten. Von diesem Vorwurf werden Ihrer Majestät Minister nach dem, was jetzt vorliegt, wohl auch in England nicht frei gesprochen werden. Russischer Seite wurde übrigens vor Kurzem und zwar von sehr wohlunterrichteter Seite positiv und im Ton des Vorwurfs behauptet, daß die Vorschläge zur Neutralisirung Afghanistans zuerst in Petersburg aufgetaucht und von der russischen Regierung empfohlen worden seien. Die Unklarheit, welche über der ganzen Sache zur Zeit noch liegt, wird wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen gelichtet werden. Mag die Antwort, welche die mittelasiatischen

Diplomaten nach Buchara bringen, lauten, wie sie wolle, in England wird sie unangenehm berühren und dazu zwingen, die mittelasiatische Frage und deren Bedeutung für die asiatische Türkei ernsthafter als bisher zu discutiren.

Von dem Tode des greisen Tory-Führers Lord Derby und den verschiedenen Meetings abgesehen, durch welche die Irländer die Freilassung ihrer politischen Verbrecher zu erzwingen glauben, hat der abgelaufene Monat für England nichts von Bedeutung gebracht. Die berühmte Friedensrede, welche Lord Clarendon als Frucht seiner Reisen auf dem Continent mitbrachte, und die Vorgänge der französischen inneren Politik bildeten die Hauptgegenstände aller Auslassungen der englischen Presse.

Obgleich die Franzosen nicht gewohnt sind, sich in Bezug auf innere Fragen durch das Urtheil des Auslandes bestimmen zu lassen, dieses Urtheil — dank der fortdauernden Strenge des Pariser Preßbureaus gegen die fremden Zeitungen — auch nur ausnahmsweise zu ihnen dringt, hat es dieses Mal den Anschein, als ob die mäßigenden Rathschläge aller Freunde der Freiheit von den zurechnungsfähigen Führern der liberalen Partei nicht ganz überhört worden sind. Als in der ersten Octoberwoche Graf Kératry (dessen Namen für die kaiserliche Regierung seit dem bekannten Buch über die mexikanische Expedition einen ominösen Klang hat) mit dem Vorschlag hervortrat, am 26. October vor den geschlossenen Thüren des gesetzgebenden Körpers zu erscheinen, fand derselbe zunächst so lebhafteste Zustimmung, daß das Herannahen einer für die liberale Sache höchst bedenklichen Katastrophe mit Sturmschritten vor sich zu gehen schien. Nicht sowohl Kératry's nähere politische Freunde als die Radicalen, welche durch die letzten Wahlen wieder auf den Schauplatz gerufen worden sind, nahmen den Gedanken einer effectvollen Demonstration in den Straßen von Paris mit Begeisterung auf und bald waren alle großen Tageblätter mit Erörterungen für und wider denselben bedeckt. Die Hauptgefahr lag natürlich in einer Betheiligung der unruhigen Straßenbevölkerung der Hauptstadt, welche der reactionären Partei ohne Zweifel die gewünschte Gelegenheit zu einem Einschreiten geboten hätte, dessen Folgen sich jeder Berechnung entzogen. Daß Kératry selbst von seinem Vorhaben zurückgetreten ist und in Berücksichtigung der Bedenklichkeit desselben seine Collegen von der Befolgung seines Vorschlages abgemahnt hat, will in Frankreich mehr sagen, als in irgend einem anderen europäischen Staat. Dem Beispiel der gemäßigten und besonnenen Leute sind wider Erwarten auch die Radicalen gefolgt und selbst Raspail, der noch vor wenigen Tagen die Rathschläge seiner Freunde hartnäckig zurückgewiesen und vollste Bereitwilligkeit zu der Rolle eines ins Französische übersetzten Hampden gezeigt hatte, — Raspail ist nach den neuesten Depeschen am 26. October zu Hause geblieben.

Dieser Sieg der Vernunft über die Eitelkeit patriotischer Theaterhelden will um so mehr bedeuten, als die Erregung der französischen Gesellschaft sich keineswegs gelegt hat, und die „Unversöhnlichen“ ihr Möglichstes thun, um die Massen in eine grundsätzliche Anschauung der Lage zu wiegen, welche die Frucht der letzten Wochen ist, und wesentlich auf die momentane Rathlosigkeit zurückgeführt werden muß, in welcher die Regierung sich während der Krankheit des Kaisers befand. Wenn man das Manifest der Linken liest, so sollte man meinen, die Macht des zweiten Kaiserreichs sei bereits gebrochen und es hänge lediglich von dem guten Willen und der Selbstbeschränkung der Opposition ab, die Lage desselben zu fristen und die siegreiche Volkssouveränität mit der Napoleonischen Dynastie zu versöhnen. Es ist wahr, der Abfall von dem System, welches Frankreich zwei Decennien lang beherrschte, hat seit dem Mai d. J. reißende Fortschritte gemacht und der Credit des persönlichen Regiments ist zu heftig erschüttert, als daß dasselbe auf eine unveränderte Fortdauer rechnen könnte. Die Regierung selbst hat diesen Umschlag durch eine veränderte Haltung deutlich anerkannt. Trotz der an die Straßenecken gehefteten Bekanntmachung, welche das Volk von Paris an die polizeiliche Befugniß zur Vertagung öffentlicher Versammlungen erinnerte, hat der Seinepräfect es nicht für rathsam gehalten, dem bereits wiederholt gemißbrauchten Versammlungsrecht zu nahe zu treten und die französische Presse genießt einer Freiheit, die nicht nur zu dem strengen Regiment der letzten Jahre in merkwürdigem Gegensatz steht, sondern an die Zeiten Louis Philipps erinnert. Die Regierung zeigt die entschiedene Absicht, einem Conflict mit der öffentlichen Meinung der Hauptstadt, so weit es die Rücksicht auf ihre Autorität und Sicherheit irgend zuläßt, aus dem Wege zu gehen und sich in die veränderten Verhältnisse zu schicken. Aber bei dem ersten Attentat, das auf ihre Sicherheit unternommen wird, wird und kann die Regierung den Parisern alle Zweifel daran benehmen, wer Herr im Lande ist, und nach dem, was bis jetzt vorliegt, kann sie annehmen, daß das Land zu ihr stehen werde. Die straffe Organisation der Pariser Polizei ist noch ungebrochen und die Hausmann'sche Bauthätigkeit hat dafür gesorgt, daß jeder Versuch zu einem bewaffneten Aufstande in der Geburt erstickt werden kann. Ueber diese Sachlage kann sich höchstens die Unzurechnungsfähigkeit der Bancel und Gambetta täuschen, die gemäßigten Liberalen haben bis jetzt mit ihr zu rechnen gewußt und aus dieser Rücksicht eine Mäßigung bewiesen, die weder in den Traditionen noch in dem Charakter der französischen Demokratie begründet ist. — Trotzdem, daß die Wahlen auch außerhalb der großen Städte zum großen Theil gegen die Regierung, d. h. gegen das Rouher'sche System ausgefallen sind, wiegt für die ländliche Bevölkerung und die Bourgeoisie die

Furcht vor socialistischen Ausschreitungen sehr viel schwerer als die Abneigung gegen das Joch der Präfectenwirthschaft, welche in letzter Zeit auf den Departements sehr viel schwerer gelastet hat, wie auf der Hauptstadt. Ganz abgesehen von dem üblen Eindruck, den der von den Pariser Wählern gegen ihre Deputirten geübte freche Terrorismus auf alle vernünftigen Leute üben mußte, haben die während der Sommermonate dieses Jahres periodisch wiederkehrenden Arbeiteremeuten (zuletzt die blutigen Auftritte bei Aubin) dafür gesorgt, daß die besitzenden Klassen in Furcht erhalten und daran erinnert wurden, daß ihnen die kaiserliche Regierung trotz ihrer despotischen Neigungen als Beschützerin des Eigenthums unentbehrlich sei.

Diese Regierung ist allerdings mit der Person des Kaisers identisch und der Kaiser ist ein kranker Sechziger, der allein steht. Daß er den Entschluß gefaßt hat, sich zunächst von den Ministern nicht zu trennen, zu denen er in der Bedrängniß der Junitage gegriffen, will zunächst nicht viel sagen, denn keiner derselben hat die Feuerprobe bestanden, zu welcher die Verhandlungen mit einer feindseligen Kammer wieder zu werden drohen. Keiner dieser Staatsmänner hat sich bis jetzt Einfluß und Autorität erobert und Herr Rouher wußte dafür zu sorgen, daß sie nicht ein Mal bei Hof festen Fuß zu fassen vermochten; Fürst Latour d'Auvergne, dem wenigstens Erfahrung in großen Geschäften zur Seite steht, ist durch die Uebergriffe seines Amtsvorgängers und eigene Kränklichkeit so schnell mürbe geworden, daß ihn nur der Apell des Kaisers an seinen Patriotismus auf dem Posten zu halten vermocht hatte. — Das Rundschreiben, in welchem dieser Minister den diplomatischen Vertretern Frankreichs mittheilte, die kaiserliche Regierung werde das Concil nicht beschicken, etwaigen Ausschreitungen desselben aber mit gebührender Wachsamkeit begegnen, hätte unter anderen Umständen und wenn die inneren Fragen nicht die ganze Aufmerksamkeit des Volks beschäftigt hätten, eines bedeutenden Eindruckes nicht verfehlt. Daß das Interesse der Franzosen für die gallikanischen Freiheiten ihrer Kirche trotz des Materialismus, der seit dem Staatsstreich die eigentliche französische Staatsreligion geworden, lebendig geblieben ist beweist die große, wenn auch kurzathmige Theilnahme welche das bekannte Schreiben des Pater Hyacinthe in allen Kreisen der pariser Gesellschaft erregte. Dieser Protest eines geängstigten Gewissens gegen die herrschsüchtigen Ansprüche des modernen Ultramontanismus, hat nicht nur bei denen Anklang gefunden, die unterschiedslos jede Gelegenheit zu antikirchlichen Demonstrationen wahrnehmen, sondern auch in den katholischen Kreisen einen gewissen Eindruck gemacht. Daß Männer wie der Bischof Maret aus ihrer Zustimmung zu dem Protest des berühmten Kanzelredners kein Geheimniß gemacht haben, daß selbst Monseigneur Dupanloup demselben eine Rücksicht

bewies, die mit der maßlosen Leidenschaftlichkeit, die dieser Kirchenfürst sonst bewiesen, seltsam contrastirt — das will in dem heutigen Frankreich etwas sagen. Auch hier haben die Kreise, welche religiösen Interessen nicht ganz abgestorben sind, in der bedingungslosen Unterwürfigkeit unter das ausschließliche Kirchenthum der herrschenden Partei bisher die einzige Rettung zu finden geglaubt.

In Spanien beginnt sich das Geschick zu vollziehen, das diesem Lande schon beim Beginn des Sommers mit Sicherheit vorhergesagt werden konnte. Der erste Versuch, den die Regierung und deren parlamentarischer Anhang machten, um die zwölf Monate lang verzögerte Frage nach der Besetzung des Throns zum Austrag zu bringen und die decretirte monarchische Form des Staates endlich zur Wahrheit werden zu lassen, ist von den Republikanern mit einem Aufstande beantwortet worden, der durch eine über die größeren Städte verzweigte Liga längst verbreitet gewesen war und dem vorzubeugen, weder der Regent noch sein Cabinet den Muth gehabt hatten. Den Aufstand haben die Generale, welche Isabella der Zweiten traurige Erbschaft antraten, mit Hilfe der Armee niederzuwerfen vermocht, die Herstellung einer dauernden Ordnung der Dinge wird ihnen ebenso wenig möglich sein, wie ihren Soldaten. Die republikanische Partei in den Cortes war beim Beginn der Emeute, die in Valencia zu einer förmlichen Straßenschlacht geführt hat, aus der gesetzgebenden Versammlung geschieden, siebzehn ihrer bekanntesten Führer hatten sich an die Spitze der Erhebung gestellt, welche die Minorität im Namen der Volkssouveränität gegen die Herrschaft der parlamentarischen Mehrheit versuchte. Dadurch ist die Versammlung der Cortes zu einem Rumpfparlament geworden, welches den Gegnern zu Verweigerung des Gehorsams gegen seine Beschlüsse Vorwand leiht und außerdem unter dem Druck des Mißtrauens gegen die eigene Autorität steht. — Die Revolution ist für den Augenblick geschlagen, aber sie kann und wird wieder auf die Füße kommen; die republikanischen Flüchtlinge haben an der portugiesischen Grenze, in den Gebirgsschluchten des Südens und in Gibraltar Schlupfwinkel gefunden und wenn der erste Eifer der Verfolgung nachgelassen hat, werden sie aus demselben hervortreten, um das Werk der Zerstörung von Neuem aufzunehmen.

Die mit Abneigung gemischte Gleichgiltigkeit, welche die Spanier gegenüber der Throncandidatur des unmündigen Prinzen Thomas Albert von Genua bewiesen, hat der Regentschaft die Freude an dieser neuen Entdeckung so rasch und so vollständig verdorben, daß dieselbe allen gemachten Erfahrungen zum Trost aufs Neue den Versuch gemacht hat, einen der beiden portugiesischen Könige — Vater oder Sohn — zur Annahme der spanischen Krone

zu bewegen und dadurch mindestens die Anhänger der iberischen Idee auf die Seite der Regierung und der monarchischen Sache zu bringen. Die von dem portugiesischen Gesandten in Paris unternommenen Vermittlungsversuche sind indessen erfolglos geblieben und die spanische Anarchie bleibt sich selbst überlassen.

Für uns Deutsche hat erst der Zusammentritt des preussischen Landtags die politischen Sommerferien beschlossen. Seit wir wissen, daß von der patriotischen Rede, mit welcher der Großherzog von Baden seine Ständeversammlung eröffnete, practische Folgen nicht zu erwarten sind, richten Freunde und Feinde ihre Blicke ausschließlich nach Berlin, wo allem Anschein nach eine Krisis der inneren Politik, wenn auch noch keine entscheidende, vor der Thür steht. Der bairische Landtag, der einige Wochen vor dem preussischen eröffnet worden, hat uns nur ein Spiegelbild der Rathlosigkeit geboten, in welcher der sich selbst überlassene Süden überhaupt steckt. Obgleich sich die nationale Partei auch in Bayern auf eine Politik des Wartens beschränkt hat, steht ihr das Mißtrauen des mit Rom verbündeten Alt-Bayerthums hemmend im Wege und keine von beiden Parteien kann behaupten, daß sie die öffentliche Meinung in entscheidender Weise für sich habe. Nach Auflösung der Kammer, in welcher die Bildung des Bureaus unmöglich war, weil 71 clericalen Stimmen 71 ministerielle und liberale gegenüberstanden, hat das Ministerium Hohenlohe den Versuch gemacht, die Opposition seiner eigenen Beamten zu brechen und durch Veränderung der Wahlbezirke der liberalen Partei das nöthige Uebergewicht zu verschaffen. Das Resultat ist so zweifelhaft, als es vor den ersten Wahlen war, denn, wie es scheint, besitzen in Deutschland nur reactionäre Ministerien die Energie, welche von den Untergebenen Gehorsam, von den Gegnern Respekt erzwingt. — Wo der mächtigste der süddeutschen Staaten sich nicht zu rathen weiß, hatte es doppelte Wichtigkeit, daß Preußen aus der schwankenden Stellung befreit werde, in welche es durch die Gegensätze gedrängt ist, welche zwischen den Grundsätzen seiner äußeren und seiner inneren Politik bestehen. Die Thronrede, mit welcher König Wilhelm vor die Volksvertretung trat, hatte das Vertrauen auf Bewilligung der zur Deckung des Deficits nothwendigen Mittel so entschieden und so nachdrücklich hervorgerufen, daß man wohl glauben konnte, die preussische Regierung sei fest entschlossen, an der bisherigen Richtung ihrer Minister unwandelbar festzuhalten; denn daß Herrn v. d. Heydt's Finanzvorschläge absolut keine Aussicht hatten, von dem Abgeordnetenhouse angenommen zu werden, stand schon sofort nach ihrer Veröffentlichung durch die officiösen Berliner Journale fest. Aber es kam anders; die Regierung lenkte ein, noch bevor sie von dem Abgeordnetenhouse darüber belehrt worden, daß der bisherige Finanzminister nicht der Mann

sei, irgend eine Erhöhung der directen oder indirecten Abgaben durchzusetzen. Noch bevor die durch eine ganze Reihe von Interpellationen in Wendung gebrachte Frage nach der Zulässigkeit oder Rathsamkeit einer Prämienanleihe zum Abschluß gekommen, hat der Finanzminister resignirt, um seinem Nachfolger die Sorge für Deckung des Ausfalls in den preußischen Staatseinnahmen zu überlassen.

Von den Staatsmännern, welche den Grafen Bismarck auf seinem Wege vom Conflict zu den Lorbeeren des Jahres 1866 begleiteten, war Herr v. d. Heydt derjenige, dem nicht nur die meiste Fachkenntniß, sondern trotz der Unbeliebtheit, der er eigentlich bei allen Parteien genoß, zugleich der größte politische Einfluß zugeschrieben wurde. Obgleich wir weit davon entfernt sind, seinen Rücktritt als den Vorläufer einer neuen liberalen Aera in Preußen anzusehen, läßt sich nicht leugnen, daß das Ausscheiden dieses Ministers im gegenwärtigen Zeitpunkte bedeutungsvoll ist und noch bedeutungsvoller werden kann. Unwillkürlich tritt die Frage nach dem Geschick der übrigen Minister an die Männer, welche die Heydt'sche Finanzpolitik im Reichstage zu Fall gebracht haben.

Das größte Anrecht auf Theilnahme an dem Schicksal des ehemaligen Finanzministers steht ohne Frage Herrn v. Mühlner zu, und die liberale Partei hat wiederholt ausgesprochen, daß der Rücktritt dieses Cultusministers die dringendste ihrer Forderungen ist. Wenn sich irgend annehmen ließe, daß das Geschick des neuen Unterrichtsgesetzentwurfs zugleich für die politische Zukunft seines Urhebers entscheidend sein werde, so wäre in dieser Beziehung Rath zu schaffen. So stehen die Sachen aber bekanntlich nicht und wir möchten glauben, daß eine etwaige Annahme der Gulenburg'schen Kreisordnung dem Cultusminister gefährlicher werden könnte, als die schon jetzt ziemlich zweifellose Verwerfung von dessen eigenen Vorlagen. Uns scheint, daß der Regierung, wie sie einmal beschaffen ist, der Entschluß, den Hauptstein der Differenzen mit der Volksvertretung zu beseitigen, ungleich leichter werden wird, wenn ihr durch Annahme der neuen Kreisordnung die Möglichkeit eines gedeihlichen Zusammengehens mit dem wichtigsten Factor der Gesetzgebung näher gerückt ist, wenn so zu sagen die Verschiedenheit zwischen der Stellung des Cultusministers und der Position seiner Collegen verschärft worden ist.

Wir wissen wohl, daß das nicht constitutionelle Logik ist und sind keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß ein organisches Gesetz von der Wichtigkeit der Kreisordnung Rücksichten so äußerlicher Art nimmermehr zum Opfer gebracht werden kann. Aber es wird sich kaum leugnen lassen, daß dieser Gesichtspunkt ein Argument mehr für die Wichtigkeit der Gulenburg'schen Vorlage und für das Wünschenswerthe ihrer Annahme ist. Nach der Position,

welche die liberale Seite des Abgeordnetenhauses zu den Gulenburg'schen Vorschlägen genommen, ist diese Annahme mit einer Amendirung von wenigstens zwei Hauptpunkten gleichbedeutend geworden. Aber auch wenn man die Nothwendigkeit positiver Garantien für die Bildung lebens- und leistungsfähiger Amtsbezirke vollständig anerkennt und wenn man der Meinung ist, daß die Ehrenämter entsprechend der Struktur unseres deutschen ländlichen Lebens, zwischen großen und mittleren Grundbesitzern getheilt werden müssen, wird man sich des Kopfschüttelns über die Art und Weise kaum erwehren können, in welcher die Vorberathung dieses Gesetzesentwurfs im Abgeordnetenhause vor sich gegangen ist. Nachdem von Seiten der liberalen Partei und der zu dieser stehenden Presse wiederholt und nachdrücklich anerkannt worden war, daß der neue Entwurf nicht nur seine sämtlichen Vorgänger, sondern auch die Erwartungen übertreffe, mit welchen demselben entgegen gesehen worden, nach dem selbst verschiedene Führer der Fortschrittspartei diesem Urtheil zugestimmt hatten, mußte es in hohem Grade überraschen, daß die General-Debatte schon am zweiten Tage eine Wendung nahm, die eigentlich den Eindruck machte, der Mittelpartei sei mehr an dem Scheitern, als an der Annahme der Vorlage gelegen, und dieselbe habe in dieser Frage ein größeres Interesse an der Uebereinstimmung mit der Demokratie, als an der Uebereinstimmung mit sich selbst. Nichts konnte unserer Meinung nach ungeschickter sein, als dem Entgegenkommen, das der Minister durch seine Bereitschaft zu Abänderungen bewies, die Versicherung entgegen zu setzen: die liberale Partei könne warten und habe allen Grund die Inconvenienzen des gegenwärtigen Zustandes einem weitergehenden Compromiß vorzuziehen. Ebenso un Zweckmäßig war es, daß die Nothwendigkeit der Zulassung des mittleren Grundbesitzes zu den Ehrenämtern nicht mit ihrem wahren Namen genannt und genau umschrieben, sondern statt dessen ganz allgemein auf die Nothwendigkeit demokratischer Institutionen provocirt wurde. Der Abgeordnete Rascher scheint die Nothwendigkeit, Mißverständnissen über seine Ausdrucksweise und deren Tragweite vorzubeugen, hinterher selbst anerkannt zu haben, denn er verwahrte sich nachträglich gegen falsche Schlußfolgerungen, die aus seiner Rede gezogen werden könnten. Damit war der Eindruck derselben aber nicht verwischt und die Art und Weise, in welcher Graf Gulenburg am dritten Tage der Debatte replieirte, bewies nur zu deutlich, daß der angeschlagene Ton eine Verständigung erschwert und nicht erleichtert habe. Uns will bedünken, dieser Ton habe ebensowenig dem Zweck, auf den es abgesehen war, wie der Stimmung der national-liberalen Partei entsprochen. Ein Zusammengehen mit den übrigen Mittelparteien von vornherein abzuschneiden oder zu erschweren, kann in der Absicht dieser Partei um so weniger gelegen

haben, als dieselbe gar nicht in die Nothwendigkeit versetzt ist, in der Kreisordnungsfrage nur mit den Demokraten zu rechnen. So zurückhaltend die Freiconservativen und die Ueberbleibsel der altliberalen Partei sich bis jetzt auch gezeigt haben, es liegt vorderhand doch kein Grund für die Annahme, daß die Anschauungen derselben mit denen des Abgeordneten Gneist übereinstimmen, den wesentlich seine Vorliebe für englische Institutionen und sein langjähriges Studium derselben, dazu vermocht hatten sich für die Bevorzugung auszusprechen, welche die Regierung und die Conservativen dem großen Grundbesitz bezüglich der Ehrenämter zu Theil werden lassen wollen. Auch die Regierung hatte noch nicht erklärt, daß sie in diesem Punkte nicht mit sich handeln lassen werde. Konnte es unter solchen Umständen Sache der national-liberalen Partei sein, eine Vermittlung von vorn herein zu erschweren, konnte es ihrem Interesse und ihren Intentionen entsprechen, wenn auf die Unfehlbarkeit des künftigen demokratischen Zukunftsreichs Wechsel gezogen wurden?

Wenn wir nicht aus einer ziemlich langen Reihe von Erfahrungen wüßten, daß der heterogene Ursprung der national-liberalen Partei für den Zusammenhang und die Disciplin derselben ominös gewesen ist, so würden wir die Frage, wie ein solches Vorgehen zu der Taktik einer Fraction stimmt, die für regierungsfähig gelten will, kaum unterdrücken können. Indessen hat die von der Einsicht des Präsidenten v. Forckenbeck vorgeschlagene acht-tägige Unterbrechung der Generaldebatte dafür gesorgt, daß die ersten Eindrücke nicht die entscheidenden sein werden. Die Bedingungen, welche der Regierung zu machen sind, werden von den Fractionen noch ein Mal berathen, die Punkte, über welche Compromisse möglich sind, nach Abgabe der verschiedenen Fractionsvoten endgiltig festgestellt werden. Nächst der Feststellung der Amtsbezirke, in welche Graf Gulenburg aller Wahrscheinlichkeit nach willigen wird, wird die Frage der Ehrenämter ohne Zweifel die entscheidende sein. Auch über diese scheint eine Verständigung nicht möglich, denn der Minister hat allen Grund bis an die Grenze der ihm möglichen Zugeständnisse zu gehen. Zwischen dieser und dem Programm, das die Fortschrittspartei, oder doch ein Theil derselben aufgestellt hat, ist freilich eine tiefe Kluft. Bis jetzt ist aber keineswegs gesagt, daß die Nationalliberalen sich der Theorie zu Liebe auf den abstract demokratischen Standpunkt stellen werden. Bei der Entscheidung darüber, welche Garantien für den dem mittleren Grundbesitz zustehenden Antheil an der Kreisverwaltung zu fordern sind, wird freilich der linke Flügel dieser Fraction das hauptsächlichste Wort zu sagen haben, denn da der Gesetzentwurf zunächst nur auf die alten Provinzen Bezug hat, ist ein großer Theil der gemäßigteren Führer nicht direct engagirt.

Es fragt sich aber, ob dieselben nicht dennoch allen Grund haben werden, mit ihrer Meinung hervorzutreten und ein der Ausgleichung günstiges Gewicht in die Waagschale zu werfen. Das Scheitern dieser wichtigen Vorlage würde jeden Falls für die gesammte Monarchie von Bedeutung sein und schon aus diesem Grunde erscheint eine Unterscheidung zwischen direct und bloß indirect interessirten Landestheilen nicht recht stichhaltig.

Das Herrenhaus hat gleich seine erste Sitzung mit einer Interpellation bezeichnet, deren Urheber der frühere Justizminister Graf zur Lippe war und die davon Zeugniß ablegt, daß es auch in Preußen eine particularistische Partei gibt. Seine Antwort hat dieses Lebenszeichen der Unbelehrbaren (dem die unerwartete Ehre einer Zustimmungsadresse durch die „Volkszeitung“ zu Theil geworden), noch vor der officiellen Abfertigung durch Dr. Leonhardt in dem Antrage erhalten, den die Abgeordneten Miquel und Kasper in das Abgeordnetenhaus brachten. Auf einen Erfolg haben die interpellirenden Pairs nicht gerechnet, — wird ein solcher dennoch erzielt, so muß er in dem ihnen entgegengesetzten Sinne ausfallen. Nicht minder gewiß ist es freilich, daß, wenn Regierung und Abgeordnetenhaus sich über den Entwurf der neuen Kreisordnung einigen sollten, das Herrenhaus sein Möglichstes thun werde, um die Abwerfung desselben herbeizuführen. Der Partei, welche hierin den Ausschlag gibt, gilt die Oberherrschaft der Rittergutsbesitzer in den ländlichen Kreisen für ein unantastbares Palladium, für eines der kostbarsten historischen Vermächtnisse. Aber eine Verwerfung der Culenburg'schen Vorlage durch das Herrenhaus würde der liberalen Partei vielleicht noch größere Dienste erweisen, als deren amendirte Annahme durch das Abgeordnetenhaus und die in demselben maßgebende Fraction. — Bevor es zu der einen oder der anderen Entscheidung kommt, wird der neue Finanzminister sein Probestück durch eine Vorlage behufs Deckung des Deficits machen. Daß Herr Camphausen einfach die Erbschaft seines Vorgängers übernehme, ist durch den Zeitpunkt der Verabschiedung desselben mehr wie unwahrscheinlich geworden. Immerhin bleibt die Aufgabe, zu deren Lösung sich dieser, seit fast zwei Jahrzehnten von der politischen Bühne verschwundene Märzminister anheischig gemacht hat, eine außerordentlich schwierige. Wenn wir es auch für undenkbar und unmöglich halten, daß der Virchow'sche Antrag auf Entwaffnung der preußischen Armee angenommen werde, so bleibt doch zweifellos, daß jede Erhöhung der Steuern zu Gunsten eines Budgets, auf welchem hauptsächlich diese Armee lastet, außerhalb des engen Rahmens der alt-conservativen Partei einen schweren Stand haben wird, mag der Finanzminister, der sie in Vorschlag bringt, im Ruf eines bloß halben oder eines ganzen Liberalismus stehen.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Gårdt.  
Verlag von F. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.